

ÖÄK-Präsident Pjeta gegen Verpflichtung zu Billigstmedikamenten

Utl.: "Der Teufel steckt im Detail" =

Wien (OTS) - Als "Großangriffe" auf die Qualität des Arzneimittel-Angebots und auf die Patienten bezeichnete der Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK), Dr. Otto Pjeta, Bestrebungen zur Einsparung von Medikamentenkosten, die der Chef des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Josef Kandlhofer, geäußert hatte.

Laut einem Zeitungsinterview schwebt dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger folgende Regelung vor: Ärzte würden dabei nur noch den Wirkstoff des Medikaments verordnen, und der Apotheker würde das billigste Medikament mit diesem Wirkstoff aussuchen und an die Patienten abgeben.

Der ÖÄK-Präsident sprach sich ausdrücklich gegen diese Vorgangsweise aus und erläuterte: "Wenn von vornherein nur die billigen Medikamente zugelassen werden oder von den Apotheken abgegeben werden können, dann führt dies zu einem Versorgungschaos."

In einem Versorgungsbereich mit lebensnotwendigen Gütern könne man nicht einfach mit einer aus dem Ärmel geschüttelten Regelung Kosteneinsparungen erreichen, ohne sich dabei Schwierigkeiten einzuhandeln, so Pjeta.

"Ist das Billigste gut genug, und was ist billig?" fragt der ÖÄK-Präsident und äußerte schwere Bedenken im Hinblick auf die praktische Umsetzung einer Verpflichtung zu Abgabe der billigsten Arzneien. Aufgrund der Marktmechanismen ändern sich andauernd die Preise, und es bleiben nicht immer dieselben Medikamente die billigsten. "Man muss einmal überlegen, was es für die Patienten bedeutet, wenn sie alle paar Monate ein neu als ‚billigstes‘ aufscheinendes Medikament bekommen und nicht das gewohnte. Das würde vor allem bei älteren Patienten, die auf Dauer mehrere Medikamente einnehmen müssen, für Verwirrung sorgen und die Bereitschaft zur korrekten Einnahme verringern," so Pjeta. "Der Teufel steckt also im Detail", warnt der ÖÄK-Präsident.

Und: "Die Sicherheit der Therapie ist also ernsthaft bedroht -

abgesehen von der Therapiefreiheit und - Notwendigkeiten des Arztes." Weiters sprach sich Pjeta gegen eine Erweiterung der Selbstmedikation aus, die Hauptverbands-Chef Kandlhofer sich mit den Worten "Überdenken der Rezeptpflicht" wünscht.

Positiv wertete der ÖÄK-Präsident Kandlhofers Absicht, "den Wirrwarr an Selbstbehalten" zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Pjeta: "Es ist höchste Zeit, dass man in diesem Bereich aus der sozialen Perspektive und nach Gesichtspunkten der Versorgungsnotwendigkeiten etwas unternimmt."

Skeptisch nahm Pjeta die Ankündigung auf, dass die Chipkarte Ende des Jahres 2004 allen Österreichern zur Verfügung stehen soll. Da bisher - entgegen früheren Zeitplänen - noch keine Umsetzung stattgefunden habe, sollte man die Sache neu überdenken, meinte der ÖÄK-Präsident. "Man könnte doch eine einfachere Form der Chipkarte ins Auge fassen", schlug er vor und erinnerte an das kostengünstige System einer Versicherungskarte, mit welcher der Anspruch nachgewiesen werde.

Abschließend hob ÖÄK-Präsident Pjeta hervor, dass Reformen im Gesundheitswesen nur unter Mitwirkung der betroffenen Anbieter beraten und beschlossen werden sollen. "Geschieht dies nicht, sondern wird von außen etwas oktroyiert, dann sind chaotische Ergebnisse ähnlich denen bei der Ambulanzgebühr zu erwarten. Neuregelungen - auch im Rahmen einer Expertenkommission - sind sicherlich nur gemeinsam mit uns Ärzten sinnvoll und möglich", betonte Pjeta.

Rückfragehinweis: Pressestelle der
Österreichischen Ärztekammer
Tel.: (++43-1) 512 44 86

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0046 2003-01-03/11:10

031110 Jän 03

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030103_OTS0046